Forderung von damals und Erfüllung von heute. Aufstieg und Ausgang der deutschen Demokratie.

Was sagte dieser dürre Jurist über das Wesen der heutigen Demokratie? „In der Demokratie besteht grundsätzlich Uebereinstimmung zwischen der leitenden Mehrheit des Parlaments und der Regierung, deshalb muß die Parlamentsmehrheit der Regierung alle Machtmittel übertragen." Und Herr Löbe bekannte sich in gewundenen Erklärungen zum gleichen Prinzip, zur Diktatur der Minister. Was soll dann noch das Parlament? Es bleibt ihm nur die eine Funktion: die Minister in die Macht einzusetzen, deren Einfluß es selbst unterworfen wird. Nicht das Parlament herrscht, sondern die Regierung — sowie im Revolutionsbezonder Ebert herrschen wollte über den Zentralrat. Die Diktatur der Minister aber wird zur Diktatur der ausführenden Organe, zuletzt zur Diktatur der bewaffneten Macht.

Die Erklärung Schiffers war die demokratische Theorie für die heutige Regierungspraxis, die Genosse Cohn geißelte. Die Zeitungsverbote, Schutzhaft, Außerkraftsetzung der Verfassung, und nun gar die Einsetzung von außerordentlichen Kriegsgerichten, von Standgerichten, die Einführung der Todesstrafe für bestimmte Delikte auf dem Verordnungswege — das ist das Gesicht der Demokratie von heute. Wo ist der Unterschied gegen die vorrevolutionäre Zeit? Höchstens darin, daß die Diktatur der Demokratie zynischer ist als die Diktatur der Monarchie war. Damals war selbst in dem reaktionären Reichstag der Kriegszeit Schamgefühl und Anstand genug, daß das Parlament durch sein Verhalten in den Schutzhaft- und Zensurdebatten die Ungeheuerlichkeit dieser Methoden und ihrer Anwendung anerkannte. Heute, wo die Nationalversammlung den Dringlichkeitsantrag unsrer Genossen beriet, die Belagerungszustandsverordnung und die ungeheuerliche Verordnung über das Standrecht im Rheinland aufzuheben, zeigte sich die ganze Verkommenheit der rechtssozialistischen Partei in dem elenden Verhalten ihrer Fraktion. Ein paar blöde Witze und Zwischenrufe, laute Unterhaltungen, absichtliche Störungen — so nahm diese Fraktion die Anklage auf, daß ihre Regierungsleute im Interesse der Kapitalisten kämpfende Arbeiter unter Standrecht und Todesstrafe stellen. Wozu auch darauf achten? Die Regierung hat ja Vollmacht, sie denkt und handelt für sie, und Noske ist noch immer der Mann ihres Vertrauens.

Das eben ist die Wirkung der Diktatur der Demokratie. Nicht die rechtssozialistische Fraktion herrscht durch Noske, sondern durch die Diktatur der Regierung Noske über seine Fraktion. Denn so niedrig man diese Fraktion auch einschätzen mag — und man schätzt sie wahrscheinlich immer noch zu hoch —, so mag man wohl angesichts ihres Niveaus verstehen, daß sie es hinnimmt, wenn ein Noske wie einst ein seliger Spitzelminister erklärt, daß Standrecht und Zeitungsverbote nötig gewesen seien, weil vielleicht hätte gestreikt werden können, weil anonyme und apokryphe Flugblätter zum Streik aufgefordert hätten —, aber daß sie erträgt, daß ein Noske erklärt: der Bankrott, der Zusammenbruch der Wirtschaft, das Elend sei die Folge der Arbeiterkämpfe, in den Streiks liege die vornehmste Ursache des Bankrotts, das ist nur möglich durch die Diktatur der Regierung über das Parlament, des Ministers über die Fraktion. Freilich, wie die Deutschnationalen, die Urheber des Krieges, die Vernichter der Wirtschaft, die Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen suchen, so muß die Regierung der Bankrotteure ihre Schuld abwälzen — und wen darf sie finden als Schuldigen außer der Arbeiterschaft?

In der scharfmacherischen Rede Noskes, wie immer heruntergeschnarrt, waren einige Sätze, die immerhin festgehalten werden müssen. Der eine war: „Ich gebe die Form der einen oder der andern Verordnung ohne weiteres preis. Nur auf die Wirkung kann es an und kommt es an." Diese Scheinkonzilianz ist in Wirklichkeit das Bekenntnis zur Diktatur. In einem andern Satze stellte er fest, daß nicht er die Schuld an der Verzögerung der Mitteilung der Verordnungen an die Nationalversammlung trage. Hier aber war gerade ein Hauptpunkt. Hier kam es eben auch auf die Wirkung an, nicht auf die Form, auf die Machtausübung, nicht auf die Verfassung. Mit einem Satze wurde dieser Punkt gestreift. Die Diktatur ist dort nicht interessiert, wo für die Demokratie ernste Fragen liegen müßten.

Die Vertreter der Koalitionsparteien gaben kurze Erklärungen ab. Da die Regierung das Standrecht aufhebt, stimmen sie gegen die Anträge unsrer Genossen. Nicht der Wille des Parlaments — der Wille der Regierung ist maßgebend. Immer wieder: die deutsche Demokratie ist die Diktatur der Regierung.

Zu wessen Nutzen aber? Darauf gab Genosse Hanke im Schlußwort die Antwort. Er zeigte die Verknüpfung von Kapitalinteressen und Regierungspolitik, die Diktatur gegen die Arbeiter für die Kapitalisten, indem er die Einzelmaßnahmen der Verordnungen als Glied in der Kette der andern zeigte: Arbeitszeitverlängerung, Maßregelungen, mit denen die Kraft der Arbeiterschaft geschwächt werden soll. Wer herrscht in Deutschland? so fragt er, und antwortete: Junker, Industrie- und Finanzkapital. Das System dieser Herrschaft aber ist die Demokratie der Diktatur.

Ein ungesühntes Verbrechen aus den Januartagen 1919.

Die Freiheit erhebt in ihrer Nummer vom 1. März die folgende schwere Anklage:

Am 17. Januar 1919 wurden im Tegeler Forst vier Spandauer Arbeiterführer erschossen. Die Genannten waren bei den Unruhen in Spandau gefangengesetzt worden und sollten in die Strafanstalt Tegel transportiert werden. Ueber die Erschießung wurde von „zuständiger Stelle" folgende Meldung verbreitet:

In der vergangenen Nacht versuchten vier Spartakisten, die während der Spandauer Spartakistenunruhe verhaftet worden waren, im Tegeler Forst einen Fluchtversuch. Das Begleitkommando schoß auf die Flüchtigen und tötete sie sämtlich.

Ihre Namen sind: v. Posiewski, Marx, Hermann Jordan und Willert.

Wir haben die Wahrheit dieser Meldung sofort bezweifelt und dargelegt, daß kein Fluchtversuch, sondern ein ganz gewöhnlicher Meuchelmord vorliegt. Die Erschossenen wurden nachts gegen 10 Uhr in einem Lastauto von Spandau nach Tegel befördert. Sie mußten stehend im Auto Platz nehmen und waren von schwerbewaffneten Soldaten umgeben. Ein Fluchtversuch war völlig ausgeschlossen, da keiner der Verhafteten die Möglichkeit hatte, die Planken des Autos zu überspringen und in den hochgelegenen Forst zu entfliehen. Außerdem waren die vier erschossenen Genossen äußerst ruhige, in der Arbeiterbewegung sehr erfahrene Männer, die angesichts der Begleitumstände an einen Fluchtversuch gar nicht denken konnten.

Mehr als ein Jahr ist seit dem Mordtag vergangen. Die von uns immer wieder geforderte Aufklärung blieb aus, obwohl das von uns veröffentlichte Beweismaterial so einwandfreier Natur war, daß der Beweis eines planmäßig vorbereiteten Meuchelmordes klar auf der Hand lag. Wir sind nunmehr in der Lage, den Gerichtsbehörden mit neuen einwandfreien Beweisangaben dienen zu können. Auf Grund neuerer Nachforschungen stellen wir das Folgende fest:

Die Genossen Posiewski, Marx, Jordan und Willert saßen acht Tage in der Spandauer Arrestanstalt. Sie sollten in der Nacht vom 17. zum 18. Januar mit noch vier andern Genossen, die auf einem Auto untergebracht waren, nach Tegel transportiert werden. Die beiden Autos fuhren in kurzen Abständen hintereinander ab. Die Gefangenen bekamen den Befehl, sich zu setzen und sich nicht von der Stelle zu rühren. Sie haben das auch getan. Das Auto, auf dem Posiewski und die andern Genossen untergebracht waren, fuhr an zweiter Stelle. Auf dem Auto hatten stehend Platz genommen: Leutnant Pieper, Vizefeldwebel Plate, Grenadier Dahlke, zwei andre Grenadiere vom Grenadierregiment 9, zwei Jägersoldaten und ein Herr Sasse, der Sohn eines Spandauer Fabrikanten, sowie der Soldatenrat Reske, ein ehemaliger Pionier. Hinter der Brücke des Schiffahrtskanals wurde kurz Halt gemacht: als das Auto wieder im Anfahren war, fielen Schüsse und sämtliche vier Gefangene wälzten sich in ihrem Blute. Die Schüsse wurden von den beiden Jägersoldaten abgegeben. Sasse gab aber die Anweisungen dazu. Die Erschießung rief bei einigen Begleitungsmitgliedern große Bestürzung hervor. Sie wurden aber von Reske und Sasse sofort beruhigt: es wurde ein Fluchtversuch verabredet. Das Auto mit den Leichen fuhr nach Spandau zurück. Dort wurde unter Reskes Anleitung ein entsprechendes Protokoll aufgesetzt, das später auch dem vernehmenden Kriegsgerichtsrat vorgelegt wurde, der es ohne weiteres als Beweis für einwandfrei erklärte. Die Erschießung ist von langer Hand vorbereitet worden. Die Prätorianer haben für die Erschießung eine größere Belohnung bekommen. Einer von ihnen prahlte an andern Tage mit seinem vielen Geld.

Von den hier angeführten Tatsachen ist das Gericht bereits in Kenntnis gesetzt worden. An den Einzelheiten ist nicht zu rütteln, sie können unter Eid gestellt werden. Wir fordern daher die sofortige Verhaftung der obengenannten Personen und die Erhebung der Anklage auf Mord und der Anstiftung dazu, auf wissentliche Fälschung von Protokollen und Verleitung zu einer falschen Aussage. Die Namen der beiden Trainsoldaten können aus den Wachbüchern und aus den Stammrollen leicht festgestellt werden, ebenso die Namen der unbekannten Grenadiere. Wie leichtfertig die gerichtliche Untersuchung dieses Meuchelmordes geführt wurde, geht aus der Tatsache hervor, daß die Schüsse aus höchstens 10 Zentimeter Entfernung auf die unglücklichen Opfer abgegeben wurden, und zwar aus einer Armeepistole. Die Mörder zielten mitten auf die Brust. Bei einer nicht ganz gewissenlosen Untersuchung der ermordeten Personen hätte dies ohne weiteres festgestellt werden können. Wir warten ab, ob sich nunmehr ein Gericht finden wird, welches gewillt ist, das scheußliche Verbrechen ohne jeden Verdunkelungsversuch aufzuklären und die Täter endlich zur Verantwortung zu ziehen.

Bilder vom Straßburger Kongreß.

Der Parteitag der französischen Sozialdemokratie in Straßburg konnte von der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie nicht offiziell beschickt werden. Im Auftrag verschiedener Bezirksleitungen der U. S. P. im besetzten und unbesetzten Deutschland übernahm es der Schreiber dieser Zeilen, den Parteigenossen in kurzen Bildern einen Bericht über die von allen als so wichtig empfundenen Verhandlungen des Straßburger Kongresses zu geben.

Unser Zug führt durch lothringisches Gebiet. Im Personenzug 4. Klasse sitze ich zwischen einem Haufen von Menschen, die lebhaft miteinander sprechen und an deren ganzem Benehmen ich merke, daß irgend etwas Besonderes vorliegen muß. Es sind Arbeiter und Arbeiterinnen, die von der Fabrik in ihr Bauerndorf zurückkehren. In B. stehen die Metallarbeiter im Streik: eben hat eine Riesenversammlung stattgefunden, in der beschlossen wurde, morgen in einen 24stündigen Generalstreik einzutreten, „wenn die Kapitalisten bis dahin nicht Satisfaktion gegeben haben". — „Die Bergarbeiter machen mit und legen die Gruben still", versichert leidenschaftlich ein junger Lothringer. Da, les ouvrières sind die Mädchen und Frauen, die Fabrikarbeiterinnen, hören mit gerötetem Gesicht zu. Eine sagt: „Nur im äußersten Fall darf das Elektrizitäts- und Gaswerk stillgelegt werden. Zu viele arme Familien mit Kindern oder Kranken würden dadurch betroffen." — „Es würde nichts schaden," ruft ihr einer zu, „wenn die Unternehmer einmal sehen würden, was die Arbeiterschaft kann, wenn sie zusammenhält."

Diese Worte geben mir zu denken. Das ist nicht mehr die lothringische Bevölkerung von vor dem Kriege, die stumpfsinnig sich von den Fabrikanten für niedrige Löhne und lange Arbeitszeit ausbeuten ließ. Diese Arbeiter und Arbeiterinnen besitzen Klassenbewußtsein. Unsre Genossen im Reiche werden staunen, wenn ihnen in Kürze an Hand von Zahlen ein Bild der elsaß-lothringischen Arbeiterbewegung vor Augen geführt werden wird.

Der Straßburger Bahnhof, in dem ich jetzt stehe, eilt durch den engen Vogesenpaß seinem Ziele zu. Meine Blicke weilen abwechselnd auf den waldigen Kämmen der Berge, von denen sich ab und zu die Ruinen alter Schlösser abheben, oder auf den gepflügten Aeckern, auf denen die Bauern hinter Ochsengespannen ihrer Arbeit nachgehen. Der Zug hält. „Gaverne" steht auf dem Bahnhofsgebäude, und während die breite rheinische Ebene sich vor mir auftut, mache ich mit meine eigenen Gedanken über den neuen Namen des schönen Reichslandstädchens. Raherne! Wer den Sinn versteht, der in diesem Worte enthalten ist, der begreift es auch, warum heute über dem Elsaß, diesem herrlichen Kleinod unter den Ländern am Rhein, die blau-weiß-rote Fahne weht. Ist es ein gutes Symbol, wenn der erste Kongreß der französischen Bruderpartei, in dessen Reihen der internationale Gedanke so kalt gepflegt, in den Mauern Straßburgs stattfindet? In dem Begrüßungsartikel der Freien Presse, unsres Straßburger Parteiorgans, an die Delegierten des Kongresses ist der Wunsch ausgedrückt, daß in der alten Hauptstadt des Landes, die so lange das Objekt der Rivalitäten und schrecklicher Auseinandersetzungen war, die Brücke zwischen den zwei Kulturen, zwischen den zwei Völkern geschlagen werden möge, die sich einander wieder näherten sind und die ehrlich und aufrichtig Hand in Hand arbeiten müssen, wenn sonst sie nicht beide zugrunde gehen wollen.

Im großen Prunksaal des Rathauses findet der Kongreß statt. Mächtige rote Fahnen zieren die Wände des Saales, dunkelgrüne Pflanzen umrahmen die geräumige Tribüne. Im Hintergrunde der Tribüne, über einem Bilde des ermordeten Führers Jaurès, prangt in großen Buchstaben die Inschrift:

Sozialistische Partei.
Französische Sektion der Arbeiter-Internationale.

Und darunter als Devise für die Arbeiten des Kongresses, die alten Grundsätze des Sozialismus:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Der erste Tag des Kongresses befaßte sich in der Hauptsache mit dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Genossen Frossard, mit dem Kassenbericht, den Loriot gab, und mit der Berichterstattung über die Verwaltung der Hauptorgane, des Zentralorgans der Partei. So trockene derartige Berichte gewöhnlich auf unsern deutschen Kongressen erledigt zu werden pflegen, hier raste plötzlich ein Sturm durch die Versammlung, wenn der Referent irgendeine scharfe Kritik an einem der Delegierten übte. Auf mein erstauntes Gesicht hin sagte mir mein französischer Nachbar: „Tröste dich, das ist noch nichts. Warte mal ab!" Und ich empfand bei den späteren Verhandlungen sehr deutlich, daß zwischen dem Temperament der Deutschen und demjenigen der Franzosen ein gewaltiger Unterschied herrscht. Oft glich nämlich die große Versammlung einem rasenden See. Irgendwo in einer Ecke erhielt ein Genosse ein paar Sätze zur Rednertribüne hin und ein Bravo und Händeklatschen erfüllte den Saal, wenn er treffend gesprochen hatte. Oder aber, es schallte durch die Reihen der aufgesprungenen Delegierten das zweifelnde, fragezeichenhafte Oh Longuets oder die Bärenstimme des sich wehrenden Renaudel.

Am ersten Tage sprachen auch die ausländischen Gäste. Als erster ein Vertreter der British Socialist Party, der mit Begeisterung von der russischen Revolution sprach und sich als Anhänger der dritten Internationale bekannte. Ein Delegierter der belgischen Arbeiterpartei gibt ein Bild von der Entwicklung seines Landes und ist für die zweite Internationale. Dann spricht je ein Redner des rechten Flügels der holländischen und schwedischen Partei, die für Verbleiben in der zweiten Internationale eintreten. Ein Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands erklärt, daß diese sich nicht bedingungslos Moskau anschließen werde. Die Labour Party, sagt er, ist keine Partei, sondern eine über den Parteien stehende Organisation. Für die Labour Party selbst nimmt Mill Snowden das Wort. Sie teilt mit, daß die englische Arbeiterpartei 5 Millionen Mitglieder umfaßt, daß sie, um die Kraft des englischen Proletariats noch mehr zu stärken, sich demnächst mit den Genossenschaften vereinigen wird. Sie erklärt, daß die englische Labour Party nicht unbedingt Anhänger der dritten Internationale sei und ihr nicht beitreten wird, bevor nicht auf einer vorhergehenden Konferenz verhandelt worden ist. Die Labour Party geht nach Genf, obwohl sie mit der Haltung verschiedener Parteien der zweiten Internationale nicht einverstanden ist. Ihre Rede wurde von Longuet aus dem Englischen ins Französische übersetzt. Eingelaufen waren Telegramme aus Stockholm von den dortigen Linkssozialisten, die zum Kongreß den Anschluß an die dritte Internationale erwarten; ferner ein Telegramm der Italiener, die von den französischen Behörden an der Grenze angehalten worden sind. Diese Meldung wurde mit einem stürmischen Pfui zum Kongreß aufgenommen und es wurde sofort ein Protest an die französische Regierung losgeschickt. Von unsrer Partei war noch nichts da. Longuet und Frossard, die ich darum fragte, bedauerten es offensichtlich. Hoffentlich gibt die U. S. P. D. im Laufe der Versammlung doch noch ein Lebenszeichen von sich.

Ein Vorkommnis vom ersten Verhandlungstag muß noch festgehalten werden. Auffallend war, daß bei der Wahl des ersten Vorsitzenden der ehemalige Reichs- und Landtagsabgeordnete und jetzige Bürgermeister von Straßburg, der Genosse Petrotes, nicht gewählt wurde. Ob das zusammenhängt mit den chauvinistisch-nationalistischen Tendenzen, denen dieser zusammen mit dem ehemaligen Vertreter von Metz im Reichstag, dem Genossen Peirotes Weill und einigen andern Parteiführern gehuldigt hat? Erinnert sei bei der Gelegenheit daran, daß der „Ritter der Ehrenlegion" Peirotes höchstpersönlich von Millerand und Clemenceau, ja sogar vom serbischen Kronprinzen gelegentlich seines Besuchs in Straßburg dekoriert worden ist. Es war die Richtung Peirotes-Weill-Lindes, die in der ersten Zeit der französischen Herrschaft das Wort prägte: „Flix uns lèvt die Internationale am Rhein auf." Diese Richtung ist mit schuld daran, daß Tausende alter Parteigenossen, mit der Wut und dem Haß im Herzen, das Elsaß verlassen mußten. Ihnen sei es gesagt, daß in der elsaß-lothringischen Sozialdemokratie heute ein ganz andrer Wind weht. Die Leute, die jetzt an der Spitze stehen, sind keine Nationalisten, sondern internationale Sozialisten. Die elsässischen Scheidemänner haben ausgespielt, als Zeichen für den neuen Kurs sahen bei der Eröffnung der ersten Sitzung die radikalen Genossen Martin-Mülhausen, Sueder-Straßburg und Wurth-Metz am Vorstandstisch. Bleiben unsrer ehemaligen jetzt ausgewanderten Elsässer Genossen wird das eine Genugtuung sein.*

* Das Schreiben, das die Parteileitung an die französische Genossen gerichtet hat und das anscheinend verspätet eintraf, haben wir schon veröffentlicht. Red. der L. V.

Steuerausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft.

Berlin, 2. März.
(Verspätet eingetroffen.)

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab es eine Sensation, als bei der Beratung der Reichseinkommensteuer aus dem Regierungssteuerblock bei einer wichtigen Abstimmung ein rechtsparteilicher schwarzblauer Block wurde. Den Waldbesitzern soll durch einen Antrag eine besondere Begünstigung zugeschanzt werden. Neben der deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stimmte das Zentrum und ein Teil der Demokraten für den Antrag. Darob bei den Rechtssozialisten große Empörung. Der Abg. Keil eilte zum Rednerpult und schleuderte seinen Blockgenossen den Vorwurf ins Gesicht, es sei ein Skandal, daß sie mit ihrem Beschluß den Waldbesitzern Millionengeschenke machten. Die also Angehauchten lächelten.

Während für die Besitzenden alle möglichen Ausnahmeerleichterungen geschaffen werden, ist es bei den Arbeitern umgekehrt: dort Ausnahmebegünstigung, hier Zwang und Belastung. So sagt der § 30, daß die Unternehmer beim Finanzamt Namen, Stellung, Wohnung und das Einkommen der Arbeiter, Angestellten usw. mitzuteilen haben. Der Antrag unsrer Fraktion, diese Bestimmung zu streichen, wurde auch von der rechtssozialistischen Fraktion niedergestimmt. Die böseste Bestimmung gegen die Arbeiterschaft enthält der § 44. Danach ist der Unternehmer der Steuerexekutor für das Reich, indem er bei der Lohnzahlung 10 Prozent vom Lohn abzuziehen und an die Steuerbehörde abzuliefern hat. Diese ungeheuerliche Bestimmung wurde vom Genossen Eichhorn aufs energischste bekämpft. Da trat als Befürworter der Rechtssozialist Dr. Braun aus Nürnberg hervor und stellte die kühne Behauptung auf, in Leipzig sei diese Einrichtung schon vorhanden und die ungehängige Arbeiterschaft sei damit einverstanden. Ihm wurde vom Genossen Düwell gehörig gedient. Dann wurde das Gesetz restlos angenommen.

Noch ein Ruck nach rechts?

Aeußerungen der rechtssozialistischen Korrespondenz des Herrn Heilmann lassen erkennen, daß sich der regierende Rechtssozialismus mit einer Verstärkung des bürgerlichen, insbesondere des demokratischen Elements in der Reichsregierung abzufinden im Begriff ist. Es soll das unter der Flagge einer Umbildung des Kabinetts nach dem Gesichtspunkt der Tüchtigkeit gehen, d. h.: die Demokraten verlangen Fachminister und Herr Heilmann setzt auseinander, daß auch Parlamentarier Fachwissen haben können, kommt aber praktisch zu demselben Ziel wie die Demokraten. Wie uns unsre Berliner Korrespondenz mitteilt, haben die Demokraten für ihr Verlangen Gründe vorgebracht, die stark den Charakter einer Drohung haben. Und ihr Ziel ist die Vorbereitung zur

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200304/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG